

Staatseisenbahngesellschaft.

Generalversammlung.

Gestern fand die 61. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft statt. Es waren 60 Aktionäre anwesend, die 114.405 Aktien mit 829 Stimmen repräsentierten. Als landesfürstlicher Kommissär war Ministerialrat Heinrich Sirt erschienen, als Protokollführer fungierte Notar Dr. Edmund Kundgraber, als Sekretären wurden die Aktionäre Stephan Mautner und Dr. Heinrich Ritter v. Miller zu Nischholz bestellt.

Die Debatte.

Nach Verlesung des Geschäftsberichtes sowie des Berichtes der Revisoren durch Generalsekretär Karl Neblinger eröffnet der Vorsitzende die Debatte über die Anträge der Verwaltung.

Aktionär Albert Hofmann spricht als Vertreter des österreichischen Aktionärvereins der Verwaltung für die musterhafte und fürsorgliche Vorbereitung und die zielbewusste Leitung der mannigfachen gesellschaftlichen Unternehmungen die Anerkennung aus. Ganz besonders hebt Redner die fürsorgliche Stärkung der Erzbasen der ungarischen Montanunternehmungen hervor, speziell den Ankauf der Erzgruben in Serbien und die unlängst geschaffene Interessengemeinschaft mit der Nadrager Eisenindustrie-gesellschaft. Zum Rechenschaftsbericht möchte Redner die Bemerkung machen, daß die finanzielle Lage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahre und ganz besonders zum Jahre 1913 eine sehr günstige Veränderung erfahren habe. Die Zinsenlast und damit logischerweise auch die Bankschuld habe sich wesentlich verringert. Von den in der Bilanz mit 32 Millionen Kronen ausgewiesenen Kreditoren sei nach Schätzung des Redners höchstens ein Drittel Bankschulden, der Rest dürfe sich aus transitorischen Posten, vielleicht internen Reservierungen zusammensetzen, die einmal den Aktionären zugute kommen müßten, was Redner noch zu erleben hoffe. (Seiterkert.) Zur Vertriebsrechnung wünscht der Aktionär zu bemerken, daß darin in immer stärkerer Maße die Wirkung der vorgenommenen Investitionen zum Ausdruck komme. Redner wünscht, daß sich die segensreichen Wirkungen der Investitionen auch in der Dividendenbemessung geltend machen mögen und stellt an die Verwaltung die Anfrage, ob das große Investitionsprogramm nunmehr als abgeschlossen gelten könne und ob jetzt eine geringere Investitionstätigkeit und eine reichlichere Bemessung der Dividende zu erwarten seien? Auch wünscht der Aktionär eine Äußerung der Verwaltung über die Bewertung des gesellschaftlichen Waldbesitzes, für den ja jetzt, nach Äußerungen von Sachmännern, eine besonders günstige Konjunktur gekommen sei.

Vorsitzender Geheimrat Dr. Sieghart dankt zunächst dem Herrn Aktionär Hofmann im eigenen Namen sowie in dem aller Mitarbeiter für seine überaus anerkennenden Worte. Bezüglich der vom Vorredner gestellten Fragen über die Investitionen und die größere Bemessung der Dividende könne nur auf die wiederholten Erklärungen der Verwaltung in vorausgegangenen Generalversammlungen verwiesen werden. Die 48 Millionen Kronen umfassenden Investitionen des abgelaufenen Geschäftsjahres an den ungarischen Werken seien vorzüglich hervorgerufen durch den Bau einer neuen Kohlenwaschanlage in Anina und die Ausgestaltung der Förderanlage in Domany; über die in den kriegstechnischen Abteilungen gemachten Investitionen könne aus naheliegenden Gründen nichts Näheres gesagt werden. Eine Prognose über die Höhe der künftigen Abschreibungen sei nicht möglich, noch weniger könne gesagt werden, daß das Investitionsprogramm der Gesellschaft abgeschlossen sei. Es liege in der Natur der Staatseisenbahn-Gesellschaft, die ein Konglomerat der verschiedensten Betriebszweige darstelle, daß hier die Investitionen niemals ganz zu Ende seien. Jeder technische Fortschritt könne den Anstoß zu umfassenden Neuherstellungen geben, denn die Gesellschaft dürfe nicht ins Hintertreffen geraten. Es müsse immer danach getrachtet werden, mit einem Minimum von Aufwand ein Maximum von Leistung zu erzielen, die praktischen Erfahrungen im Betriebe müßten fortwährend im Sinne gesteigerter Betriebsökonomie ausgenützt werden. Wenn es der Verwaltung gelungen sei, den Beifall des Herrn Aktionärs in so hohem Maße zu gewinnen, so sei dies ein Erfolg der Investitionstätigkeit. Die Gesellschaft könne jetzt mit Ruhe in die Zukunft blicken und sich namentlich infolge ihres erweiterten Erzbesitzes frei und ungehemmt entfalten. Allerdings müsse, um zu hoch ausschäumenden Hoffnungen zu begegnen, stets im Auge behalten werden, was Redner an dieser Stelle schon wiederholt hervorgehoben habe, daß nämlich der Ertrag der gesellschaftlichen Werke und Domänen nicht bloß der Verzinsung des darin investierten Kapitals zu dienen habe, sondern sich auf ein fünfmal größeres Aktienkapital verteile.

Ich möchte, sagt Redner, im allgemeinen ein Wort über Investitionen sagen. Was sind Investitionen? Fruchtbringende Kapitalanlagen. Solche können meines Erachtens überhaupt niemals den Aktionären abträglich sein. Ueber kurz oder lang können sie nur zu einem für die Aktionäre erfreulichen Ergebnis führen. Was aber die Bemessung der Dividende betrifft, so habe ich es mir zur Pflicht gemacht, sozusagen einen goldenen Mittelweg zu gehen, zwischen der Pflicht der Verwaltung, die Betriebe durch Investitionen auszugestalten, und den berechtigten Ansprüchen der Aktionäre auf einen angemessenen Anteil an den Erträgen der Gesellschaft. Ich gebe zu, daß bei der

Staatseisenbahngesellschaft die Dividende nicht gerade einen Höhenflug genommen hat, aber die Ergebnisse sind doch für die Aktionäre sehr befriedigend gewesen; seit dem Jahre 1910 können die Herren auf ein stets steigendes Erträgnis blicken. Ich hoffe, den Wünschen der Aktionäre bei der Gestaltung unserer Dividende möglichst entsprechen zu haben, und an den bisherigen Grundsätzen wollen wir auch in Zukunft festhalten.

Was die Frage der Forste und Domänen betrifft, so verweist Redner auf die vor zwei Jahren abgegebenen Erklärungen des Herrn Generaldirektors Günther, in denen speziell die großen Schwierigkeiten, denen diese Betriebe in Südbungarn begegnen, namentlich bei der Arbeiterbeschaffung, deutlich auseinandergesetzt wurden. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß wir als ordentliche Kaufleute jede sich ergebende Konjunktur ausnützen werden.

Aktionär Hofmann erkennt die Berechtigung des vom Vorsitzenden gemachten Hinweises, daß in den Betrieben der Staatseisenbahngesellschaft nur ein Fünftel des Aktienkapitals investiert sei, völlig an. Dennoch wäre den Aktionären ein höheres Erträgnis zuzuwenden, wenn die Abschreibungen minder weitgehend gehandhabt würden. Redner zieht die kossitzer Bergbaugesellschaft zum Vergleiche heran, deren Werke bei ungleich geringerer Förderung doch wesentlich höher zu Buche stünden als die doch ungleich wertvolleren österreichischen Kohlenwerke der Staatseisenbahngesellschaft in Brandeisk.

Verwaltungsrat Generaldirektor Georg Günther betont neuerlich, daß nur die Vorsicht, mit welcher die Verwaltung bei den Investitionen und Abschreibungen zu Werke gegangen sei, es ermöglicht habe, den Aktionären in diesem Jahre so günstige Resultate zu bieten. Die Abschreibungen des abgelaufenen Geschäftsjahres könnten nicht in Beziehung gebracht werden zu den Investitionen irgendeines Jahres, sondern würden selbstverständlich immer auf das ursprüngliche Kapital zu bemessen sein. Sie seien infolgedessen für längere Zeit unabhängig von den augenblicklichen Investitionen. Wenn auch in den nächsten Jahren weniger investiert würde, so würde das auf die Abschreibungen keinen nennenswerten Einfluß haben. Im abgelaufenen Jahre waren die Abschreibungen höher als sie in normalen Zeiten sein würden und als sie in Zukunft sein würden, wenn einmal die Kriegsverhältnisse weggefallen sein werden. Diese außergewöhnlichen Abschreibungen des vergangenen Jahres sind lediglich die Folge der besonders intensiven Inanspruchnahme aller Anlagen und des Umstandes, daß gewisse Anlagen, die zur Erzeugung von Kriegsmaterial dienen, in ein bis zwei Jahren vollkommen abgeschrieben sein müßten. Was den Vergleich der gesellschaftlichen Kohlenwerke mit jenen der kossitzer Bergbaugesellschaft betreffe, so seien diese Verhältnisse überhaupt nicht vergleichbar, da für die Höhe der Abschreibungen nicht die jährliche Förderung, sondern das vorhandene Kohlenvermögen maßgebend sei.

Die Anträge der Verwaltung werden sodann einstimmig angenommen und dem Verwaltungsrate wird das Absolutorium erteilt.

Die Wahlen.

In den Verwaltungsrat wurden die Herren Erzellenz Friedrich Baron Sarkany wieder- und Alexander Weiner neugewählt. Die Herren Otto Edler v. Schlumberger, Dr. Moritz Ludwig Weiß und Emanuel Weissenstein wurden zu Mitgliedern des Revisionsausschusses und die Herren Dr. Otto Reich Edler v. Rohrwig und Dr. Anton Cassauer zu Ersatzmännern für das Jahr 1916 gewählt.